

PRAXIS DER ERWACHSENENBILDUNG

Parteien, politische Bildung und Staatsgelder

In diesen Tagen setzte eine bemerkenswerte Entwicklung ein. Die Parteien sind auf dem Wege, den Bereich der politischen oder staatsbürgerlichen Bildung für sich in Anspruch zu nehmen.

Damit geht die Zeit zu Ende, in der in der breitesten Öffentlichkeit auch vom DGB die Meinung vertreten wurde, daß eine parteipolitische und konfessionelle Aufsplitterung der Erwachsenenbildung (auch der politischen Bildung) vermieden werden sollte. Die Einrichtungen der freien Erwachsenenbildung, die *Volkshochschulen*, bemühten sich in immer stärkerem Maße, den Erfordernissen nach einer besseren staatsbürgerlichen Bildungsarbeit gerecht zu werden. Der DGB unterstützte diese Bemühungen z. B. durch die Arbeitsgemeinschaft *Arbeit und Leben*.

Was ist nun geschehen? Die Bundesregierung stellte für politische Bildung *den Parteien* 5 Mill. DM, das Land Nordrhein-Westfalen 1 Mill. DM und Niedersachsen 500 000 DM zur Verfügung. Dieser Tatbestand ist um

so erstaunlicher, wenn man weiß, daß es sowohl beim Bund als auch in den genannten Ländern staatsbürgerliche Bildungsstellen bzw. Zentralen für Heimatdienst gibt, die amtlich die politische Bildungsarbeit zur Aufgabe haben und von Ausschüssen beaufsichtigt werden, in denen alle demokratischen Parteien vertreten sind. Was hätte näher gelegen, als *diesen Stellen* die bereitgestellten Gelder zu übergeben, um nun gemeinsam zu beraten, wie die so notwendige staatsbürgerliche Bildungsarbeit intensiviert werden könnte.

Aber nein! Die Parteien wollen selbst Geld in ihren Kassen. Nur für politische Bildung? Oder ist das nur ein Tarnname? Der Verdacht liegt nahe. Er wird sogar bestärkt durch den Umstand, daß man beispielsweise in Nordrhein-Westfalen die Kontrolle über die Verwendung dieser Gelder nicht den dafür im allgemeinen zuständigen Verwaltungsgremien übertragen hat, sondern dem Landtagspräsidium.

Wenn man aber einmal von den vorgenannten Umständen absieht und annimmt, daß tatsächlich die Gelder für politische Bildung verwandt werden sollen, wie wird dann die Praxis aussehen? Jede Bildungsveranstaltung wird zwangsläufig in eine massive einseitige Parteipropaganda ausarten. Welche Partei wird es sich versagen, in politischen Lehrgängen in erster Linie und vermutlich ausschließlich für ihre politischen Ziele zu werben.

In der *freien Erwachsenenbildung* sieht man, im Gegensatz dazu, die Aufgabe der politi-

schen Bildungsarbeit darin, dem Teilnehmer einen guten Überblick und Einblick in unsere heutigen politischen Zusammenhänge zu geben, ihn urteilsfähig und kritisch zu machen und ihn zu verantwortlichem Handeln zu erziehen. In welcher parteipolitischen Richtung er dann seine Verantwortung als Staatsbürger erfüllt, ist seine Entscheidung. Diese zweifellos sehr positiv zu wertende Aufgabenstellung in der freien Erwachsenenbildung wird bei der Arbeit der Parteien nicht befolgt werden.

Nun könnte man jedoch immer noch abwarten, wie sich denn die Menschen, die man mit dieser Bildungsarbeit ansprechen will, dazu stellen und der Hoffnung sein, daß nicht allzu große Neigung besteht, sich einer einseitigen parteipolitischen Bildung zu unterwerfen. Aber gerade hier liegt eine weitere Gefahr der jüngsten Entwicklung. Es werden zumindest im finanziellen Bereich Konkurrenzerscheinungen auftreten, mit denen die Einrichtungen der freien Erwachsenenbildung nicht mehr Schritt halten können.

Bisher war es so, daß der Staat im allgemeinen Erwachsenenbildungsmaßnahmen nur mit 50 vH der Kosten aus öffentlichen Mitteln unterstützte. Den Rest mußten die Teilnehmer oder Bildungsträger aufbringen. Die Parteien werden in dieser Beziehung zweifellos großzügiger verfahren und wahrscheinlich ihre Maßnahmen voll aus Staatsgeldern finanzieren. Es ist kaum anzunehmen, daß die Parteien 50 vH der Kosten aus Eigenmitteln dazusteuern. Die Parteien werden also finanziell im Vorteil sein und eine unschlagbare Konkurrenz darstellen.

Wir haben also durch die jetzt geschaffenen Tatbestände auf dem Gebiete der politischen Bildung sehr bedauerliche Entwicklungen zu erwarten. Da wir erst am Anfang stehen, sollten alle verantwortlichen Stellen die Dinge noch einmal gründlich durchdenken. Die Parteien sollten sich mit den Einrichtungen und Organisationen, die bisher, oft unter großen finanziellen Belastungen, die politische Bildungsarbeit getragen haben, beispielsweise auch mit den *Gewerkschaften*, zusammensetzen und beraten, ob es nicht doch bessere Wege zu einer umfassenden staatsbürgerlichen Bildungsarbeit gibt. *Roland Petry*

Die Vergangenheit mahnt

Seit dem Ende des 2. Weltkrieges ist über den Antisemitismus und die Judenfrage viel Instruktives und viel Grundlegendes geschrieben worden. Die furchtbaren Geschehnisse der jüngsten Vergangenheit gaben Veranlassung zu einer Bestandsaufnahme, deren Resultate leider nur von einem kleinen Kreis Menschen verarbeitet wurden. Die Tendenz zu beschwichtigen, weil es doch unmöglich sei, daß sich Gleichartiges wiederhole, setzte sich erfolgreich durch, bis am 24. Dezember 1959, dem

Tage der Schändung der Kölner Synagoge, offenbar wurde, daß wir statt solider Bausteine Karten für unser Haus aufeinandergefügt hatten, so daß es beim ersten Anstoß zusammenbrach. Seither herrscht Ratlosigkeit, wo vorher beschwichtigt wurde; aber die Kräfte, die das Trügerische jener Meinungen lange erkannt hatten, bemühen sich nun, einer besseren Einsicht Raum zu schaffen.

Berlin, stets wacher und mißtrauischer als „der Westen“, ist Ausgangspunkt gleichbleibender Aktivität gewesen und geblieben. Hier wird noch heute im Spruchkammerverfahren führenden Nazis erfolgreich die Inbesitznahme ihrer Vermögen, gewonnen aus dem Elend vieler Nationen und Völker, streitig gemacht; hier werden durch die Forschungsstelle „Berliner Widerstand“ seit Jahren in mühevoller Kleinarbeit Dokumente zusammengetragen über die Berliner Bürger, die durch die Nazis verfolgt, vertrieben und vernichtet wurden. Selbst eine Ausstellung wie die „Ungesühte Nazijustiz“ des Studenten *Reinhard Strecker*, die hier vor einigen Wochen gegen behördlichen und sonstigen Widerstand dennoch stattfand, hat bei den zahlreichen Besuchern eine positive Aufnahme gefunden.

Ebenfalls junge Leute: zwei Journalisten und ein Student haben seit zwei Jahren konsequent Material zusammengetragen, um einer breiteren Öffentlichkeit die historischen Wandlungen des Judenhasses von den biblischen Zeiten über das deutsche Mittelalter bis zur Ausrottung der deutschen Judenheit durch die Nazidiktatur darzulegen. Die Sektion Berlin der Internationalen Liga für Menschenrechte erklärte sich bereit, bei einer Ausstellung als Veranstalter zu fungieren. Durch die — auch finanzielle — Unterstützung des Senats von Berlin konnte die Kongreßhalle als Ausstellungsort gewonnen werden.

Joachim G. Leithäuser — Vorsitzender der Berliner Sektion der Internationalen Liga für Menschenrechte — brachte in seiner Eröffnungsansprache zum Ausdruck, daß Motor des Vorhabens nicht erst die jüngsten Ereignisse gewesen seien; schon seit zwei Jahren haben *Erik Nohara*, *Gerhard Schoenberger*, *Hanno Kremer* und der Grafiker *Ludwig Thürmer* den Wunsch, zu zeigen, welche Folgen es hat, gedankenlos dem Umsichgreifen von Vorurteilen — gleich welcher Art — zuzusehen.

Blickt man vom Eingang der Halle hinter auf die Ausstellung, so hat man an den Querseiten in zwei wandfüllenden Tafeln einmal den Beitrag jüdischen Geistes zur deutschen Kultur, repräsentiert durch eine Ehren-tafel mit 62 Porträts deutsch-jüdischer Wissenschaftler, Künstler und Publizisten (z. B. Moses Mendelssohn, Rahel Varnhagen, Gabriel Riesser, Paul Heyse, Samuel Fischer, Sigmund Freud, Friedrich Gundolf, Walther Rathenau, Karl Marx, Rosa Luxemburg, Albert Einstein) — und linker Hand den „Dank“ Deutschlands, symbolisiert durch eine Luft-

aufnahme des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Eine Eingangstafel spiegelt in Presseberichten das Wirken der unbewältigten Vergangenheit im Nachkriegsdeutschland wider.

Auf sieben großen Spindeln ist karussellartig die Chronik des Werdens und der Zerstreuung des alten Israel, die Frühzeit des christlichen Imperiums und schließlich die Siedlung in Mitteleuropa und die Ausrottung durch den SS-Staat — ein Zeitraum von dreieinhalb Jahrtausenden — anhand von Wiedergaben zeitgenössischer Dokumente aufgezeigt.

Erschütternd ist es, in den Dokumenten, die zum jüdischen Glauben zusammengetragen wurden, zu lesen, daß den Juden von Gott aufgetragen wird, den Fremden wie ihresgleichen zu behandeln, ihn nicht zu benachteiligen, ihm Gastfreundschaft zu gewähren, ihm zu helfen; und dann zu sehen, welche Methoden die christlichen Wirtsvölker — hier die Deutschen — den jüdischen Fremdlingen gegenüber anwandten. Es gab im Mittelalter nichts an Unheil, an dem den Juden nicht die Schuld gegeben worden wäre. Ob Pest, Naturkatastrophen, Viehsterben oder wirtschaftlicher Niedergang, sie mußten dafür bezahlen mit ihrem Geld, mit Austreibung aus ihren eingesessenen Gemeinden, mit ihrem Leben. Sie wurden ins Getto verbannt, damit sie die Christen nicht mit ihren Lehren vergiften. Auch die Reformation hat hier keine Änderung geschaffen. *Luther* selbst entwickelte sich zu einem Judenhasser, auf dessen Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“ sich die Nazis gern beriefen. Erst die Aufklärung brachte Besserung und in ihrem Gefolge in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Emanzipation. Aber auch der Antisemitismus ist ein Kind des 19. Jahrhunderts: die Kontroverse zweier deutscher Professoren führt uns vor Augen, daß auch das Katheder zur Verhetzung gegen eine Minderheit mißbraucht wird. *Heinrich von Treitschke* spricht das unselige Wort: „Die Juden sind unser Unglück.“ *Theodor Mommsen* hingegen bezeichnet vom Katheder herab die Juden als Menschen wie alle und stellt es als Dummheit hin, sie für Fehlschläge verantwortlich zu machen.

Die Dokumente aus dem „Dritten Reich“ offenbaren die ganze Abseitigkeit der „Herrenmenschen“, die, als der Krieg verloren scheint, die Verantwortung zu leugnen oder auf untergeordnete Kreaturen abzuwälzen versuchten, so als sei das alles ohne ihr Wissen, ohne ihren Befehl geschehen. Die Dokumente zeigen den Rassenkrieg der SS gegen die Wehrlosen und Unschuldigen, der ihre Ausrottung zum Ziele hatte: von 9½ Millionen europäischer Juden haben nur 3½ Millionen überlebt.

Auf Magnetophonband aufgenommene Zeugenaussagen Überlebender der Vernichtungslager und Gerichtsverhandlungen können ab-

gehört werden. Mit Bildwerfer werden die Geschichte der Frankfurter Juden und die Stationen der „Endlösung“ (Der Weg nach Auschwitz und ein Bericht über die Vernichtung des Warschauer Gettos, aufgenommen von einem SS-Mann) gezeigt. In diesen Bildern, in denen nicht nur die Juden, sondern auch die deutschen Vernichtungskommandos festgehalten wurden, zeigt sich das Grauensvolle besonders deutlich. Sind diese Deutschen etwa „Untermenschen“, sehen sie wie Verbrecher aus? Leider nein! Wenn man sie sich in Zivilkleidern vorstellt, könnten sie als Durchschnittsbürger unbeachtet durch diese Ausstellung gehen.

Gerade diese Feststellung, daß es Menschen waren wie wir alle, die diese Untaten begingen, zeigt, wie recht *Gerhard Schoenberger* hatte, als er auf der Pressekonferenz darauf hinwies, daß die hier angerührten Fragen über das Problem des Antisemitismus hinausgehen. Er meinte, dieser sei zwar heute noch aktuell, es fehle ihm aber die Gefährlichkeit insofern, als die geringe Zahl jüdischer Mitbürger in Deutschland eine Wiederholung der Ereignisse der Nazizeit ausgeschlossen erscheinen lasse. Viel wesentlicher sei es, auf solche vorhandenen Dispositionen hinzuweisen und deren Aktualisierung zu verhindern, wie sie z. B. im Zind-Prozess in der Aussage des Direktors des Studienrats Zind zum Ausdruck kamen: Er sagte als Zeuge, wie er meinte zu Zinds Entlastung, dieser habe, als er von Umbringen sprach, gar nicht Juden gemeint, sondern Russen.

So will die Ausstellung nicht nur einen Beitrag leisten im Kampf gegen den Antisemitismus, sondern eine Mahnung sein, jeder Form des Rassen- und Völkerhasses entgegenzutreten: eine Mahnung zur Menschlichkeit.

Gerade aus diesem Grunde stimmt es nachdenklich, daß auch in diesem Fall der scheinbar unvermeidliche Streit zwischen den Vertretern der reinen Idee (den Autoren und Veranstaltern) und den Vertretern der Staatsraison (den Geldgebern) nicht ganz ausgeblieben ist. Von dieser Auseinandersetzung fiel leider noch ein Schatten auf die Eröffnung. Eine schwarzübermalte Bildtafel kündete von einem Kompromiß, der noch in letzter Minute hatte geschlossen werden müssen. Trotzdem sollten die Veranstalter über diesen „Rückzieher“ nicht traurig sein. Ihre Ausstellung behält ihr volles Gewicht und ist eine gelungene und notwendige Tat. Jedem aufmerksamen Besucher werden ohnehin auf dem Hintergrund des Gebotenen manche Namen und Tatbestände der politischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik einfallen, auch wenn diese nicht explizit in der Ausstellung angesprochen worden sind. Der verdiente Zustrom wird der Ausstellung hoffentlich nicht fehlen, wenn sie im Sommer dieses Jahres in verschiedenen Städten der Bundesrepublik gezeigt wird.

Annemarie Zimmermann